Lokale Demokratie

Thomas Kuder

Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels sind im politischen Gefüge der heutigen Bundesrepublik signifikante Verschiebungen zu konstatieren. Während bewährte Formen der politischen Willensbildung in der repräsentativen Demokratie gerade auf lokaler Ebene einen bemerkenswerten Bedeutungsverlust erfahren haben, machen die vielgestaltigen Formen der Bürgerbeteiligung eine beachtliche Karriere und gewinnen im politischen Alltag zunehmend an Bedeutung. Allerdings hat die Politikwissenschaft in den vergangenen Jahren verstärkt darauf hingewiesen, dass die bekannten Ausprägungen politischer Ungleichheit, z. B. bei der parteipolitischen Mitwirkung und der Wahlbeteiligung, meist ebenso stark in den klassischen Formaten der Bürgerbeteiligung verankert sind. Daraus resultiert die Aufgabe, sich zur Stärkung der lokalen Demokratie für eine qualitativ hochwertige und gesellschaftlich inklusive Bürgerbeteiligung sowie deren Legitimationsfähigkeit stark zu machen. Konkrete Ansätze dafür lassen sich insbesondere im sozialräumlichen Kontext der Quartiere finden.

1 Krise oder Wandel der Demokratie?

Die repräsentative Demokratie steckt in einer latenten Krise, so die provokante These mancher Politikwissenschaftler*innen, die vor allem in dem Mitgliederschwund der Parteien und der langfristig sinkenden Wahlbeteiligung eine Aushöhlung der Demokratie vermuten (z. B. Crouch 1996). Aber auch wenn man nicht von einer Krise sprechen mag, gilt es, die aktuellen Befunde kritisch zu hinterfragen. Was die politischen Parteien betrifft, die nach Grundgesetz an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken sollen, so konnten diese zu Beginn der 1990er-Jahre in der Bundesrepublik noch auf ca. 2,4 Millionen Mitglieder verweisen, haben aber seitdem nach neueren Studien rund die Hälfte ihrer Mitglieder verloren (Niedermayer 2016). Insbesondere auf kommunaler Ebene erfahren die Parteien signifikante Bedeutungseinbußen. Darauf deuten auch die Ergebnisse einer repräsentativen Trendstudie hin (vhw/sinus 2015), wenn z. B. nur noch ein Viertel der rund 2.100 Befragten in der ganzen Bundesrepublik die Arbeit der Parteien als zuverlässig wahrnimmt oder sich bei einem eigenen Anliegen mit der Bitte um Unterstützung an eine der lokalen Parteien wenden würde.

Offensichtlich, wenngleich vielschichtiger, sind die Bedeutungseinbußen bei Wahlen. Diese haben trotz kurzfristiger Erholungstendenzen im langfristigen Trend kontinuierliche, in der Summe signifikante Rückgänge bei der Wahlbeteiligung hervorgebracht. Das zeigt sich z. B. daran, dass die Gruppe der Nichtwähler*innen im „ehrlichen“ Wahlergebnis, bei dem die Nichtwähler*innen als Gruppe in das Wahlergebnis eingerechnet werden, heute bei vielen Wahlen Höchstwerte erzielt. Eines der jüngsten Beispiele dafür ist die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, bei der die Nichtwähler*innen mit 34,8 Prozent deutlich stärker vertreten waren als die größten Parteien von CDU (21,5 Prozent) und SPD (20,3 Prozent) (Welt 2017a). Und selbst bei der Bundestagswahl 2017 haben die Nichtwähler*innen nach dieser Berechnung mit 24,4 Prozent fast die gleiche Stärke erreicht wie der Wahlgewinner CDU mit 24,9 Prozent (Welt 2017b). Noch stärker sind die Anteile der Nichtwähler*innen dann bei Kommunalwahlen, z. B. in Hessen (2016) oder Niedersachsen (2017), bei denen die Nichtwählerschaft zwischen 45 und 50 Prozent erreichte. An der Stichwahl für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt am Main (2018) nahmen gerade einmal 30,2 Prozent der Wahlberechtigten teil (FR 2018).

Auch in der Trendstudie 2015 wurde die Frage gestellt, welche Wichtigkeit der Teilnahme an Wahlen heute zugesprochen wird. Die Befragten aus dem gut situierten Milieu der Liberal-Intellektuellen antworteten dabei z. B. zu 55 Prozent, dass sie der Wahlbeteiligung eine sehr hohe Wichtigkeit beimessen würden, während diese Aussage nur von 26 Prozent der Menschen unter prekären Lebensbedingungen geteilt wurde. Auch das Wählen von Politiker*innen als bevorzugte Form der politischen Mitwirkung erachteten sehr viel mehr Haushalte mit überdurchschnittlich hohem Einkommen im Vergleich zu Haushalten mit unterdurchschnittlich geringem Einkommen als sehr wichtig (vhw/sinus 2015). Erschwerend kommt demnach also auch noch die soziale Ungleichheit bei der demokratischen Mitwirkung durch Wahlen hinzu, die deutliche Zusammenhänge zwischen der finanziellen Leistungsstärke und Milieuzugehörigkeit der Haushalte und der Höhe der Wahlbeteiligung erkennen lässt. Zudem findet die soziale Spaltung durch ungleiche Bewohner*innenstrukturen in den verschiedenen Stadtquartieren auch einen ausgeprägten sozialräumlichen Niederschlag (Hallenberg 2014).

Man könnte diese Befunde, die in ähnlicher Form in vielen westlichen Demokratien auftreten, als „unproblematisch“ erachten, ginge damit nicht ein Verlust an politischer Legitimation einher. Letztere ist insbesondere an der Frage festzumachen, vor allem, wenn sie mit Nachdruck gestellt wird, ob die Gewählten in den Parlamenten tatsächlich noch hinreichend legitimiert sind, eine Bevölkerung zu vertreten, die sie mitunter mehrheitlich nicht hat wählen wollen.

Die Politik- und Demokratieforschung verweist an dieser Stelle zudem auf die Strukturen und Prozesse, mit denen tiefgreifende Macht- und hegemoniale

politische Herrschaftsverhältnisse konstituiert werden. Diesen könne nicht durch herkömmliche Formen der demokratischen Kompromiss- oder Konsensfindung, sondern nur durch institutionalisierte Prozesse einer radikaldemokratischen Aushandlung angemessen begegnet werden (Mouffe & Lacau 1985). Vor allem in analytischer Hinsicht und bei großen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung dürften diese Ansätze über eine gewisse Stärke verfügen; allerdings darf vor allem die Praktikabilität und Übertragbarkeit auf die Kommunalpolitik durchaus kritisch reflektiert werden. So dürften einige der gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse in direktdemokratischer Spielart, etwa der Brexit-Entscheid in Großbritannien oder die Volksabstimmung zu Stuttgart 21, die Probleme bei der praktischen Umsetzung solcher Prozesse deutlich aufgezeigt haben, etwa die Schwierigkeit der fundierten Wissensgenerierung und Aktivierung auf breiter Basis, der Umgang mit emotionalen bzw. irrationalen Strategien und kommunikativer Macht sowie nicht zuletzt die weltanschaulich oder durch Interessen gespeiste Perspektivenvielfalt.

Während die großen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung oft eine eindeutige Entscheidung und entsprechende Aushandlungsprozesse erforderlich erscheinen lassen, frei nach dem Motto: „Ein bisschen Atomkraft gibt es nicht!“, bieten kommunalpolitische Herausforderungen, die in großer Vielzahl gerade in den Stadtquartieren auftreten, doch einiges mehr an demokratischen Aushandlungsmöglichkeiten und Potenzialen, auch für Kompromiss und Konsens. Es gilt also zu konstatieren, dass die repräsentative Demokratie hierzulande über viele tragfähige dialogorientierte Instrumente verfügt, z. B. die klassische Partizipation. Es gibt somit stabilisierende und leistungsstarke Möglichkeiten der direkten, zeitnahen Rückkopplung zwischen Staat und Gesellschaft (Merkel 2015). Und in der Tat gehört Bürgerbeteiligung vor allem in den Quartieren vor Ort seit Jahrzehnten zum „guten Ton“ kommunalen Handelns. Es spricht also letztlich einiges dafür, dass sich auf der anderen, der Krisenrhetorik abgewandten Seite die repräsentative Demokratie weniger im Umbruch, als vielmehr im Wandel befindet, bei dem die repräsentative Demokratie um weitere dialogische Formen ergänzt werden kann.

2 Krise der partizipativen Demokratie?

Als kritischer Beobachter kann man heute allerdings durchaus den Eindruck gewinnen, es gäbe bei der kommunalen Bürgerbeteiligung wenig Neues zu berichten; vielmehr habe sich der „gute Ton“ kommunalen Handelns merklich abgeschliffen. Der Selbstzufriedenheit vieler Städte über ordentliche Teilnehmer*innenzahlen in professionell durchgeführten Verfahren der Bürgerbeteiligung steht dementsprechend heute vor allem von wissenschaftlicher Seite eine Kritik gegenüber, wie sie auch die repräsentative Demokratie mit Blick auf die sozialräumlichen Verwerfungen bei der demokratischen Mitwirkung durch Wahlen erfährt.

Die Kritik richtet sich, neben wissensbasierten bzw. epistemischen Qualitätsdefiziten, vornehmlich gegen die in Beteiligungsprozessen reproduzierte politische Ungleichheit. So kranken diese oft an einer „von oben“ aufgesetzten, meist eindimensionalen Themensetzung, bei der die Bedürfnisse und Interessen der Menschen in ihrem ganzheitlichen Denken zu kurz kommen. Und sie leiden unter einem Verständnis von Bürgerbeteiligung, das sich auf das „Informieren“ und „Mitnehmen“ beschränken möchte, eine faire, öffentliche Beratschlagung oder transparente, nachvollziehbar begründete Entscheidungsfindung jedoch vernachlässigt.

Vor allem weisen diese Verfahren, so die Kritik, oft demokratische Schräglagen auf (Jörke 2011). Die sozial besser gestellten, argumentationsstarken Angehörigen der gesellschaftlich Etablierten dominieren die lokale Bürgerbeteiligung, während Sozialgruppen, die unter schwierigen oder prekären Bedingungen leben, immer weniger daran teilnehmen. Selbst bei Kommunalwahlen, die aufgrund einer geringeren Wahlbeteiligung bei den sozial schwächer Gestellten kritisiert werden, lässt sich mehr Repräsentativität erzielen als bei vielen Beteiligungsprozessen (Jörke 2010; Bertelsmann 2014). Aber selbst wenn sozial schlechter gestellte Menschen teilnehmen, fühlen sie sich oft nicht ernst genommen oder unfair behandelt.

Zudem setzt die Kommunikation in den Beteiligungsverfahren oft anspruchsvolle individuelle Fertigkeiten voraus, z. B. Ausdrucksfähigkeit, die in der Gesellschaft ungleich verteilt sind und daher politische Ungleichheit zu befördern vermögen. So dürften eine eindimensionale, die menschliche Lebenswirklichkeit vernachlässigende Themensetzung, Beteiligungsformate, die auf den sozial besser gestellten Teil der Menschen zugeschnitten sind und eine für Laien oft unverständliche Expert*innensprache den Ausschluss sozial schlechter gestellter Menschen sowie die einseitige Interessendurchsetzung zugunsten der Etablierten merklich unterstützen. Damit birgt eine asymmetrische Bürgerbeteiligung das Risiko, Demokratie und Zusammenhalt der Gesellschaft eher noch zu schwächen und eine Polarisierung zwischen „oben“ und „unten“ zu verstärken. Als Folgen, so die Kritiker, drohen Ausgrenzung, Resignation und politische Abwendung der Betroffenen (z. B. Öztürk 2011).

Auch diese Risiken lassen sich anhand der Trendstudie 2015 (vhw/sinus 2015) empirisch unterlegen. So wurde z. B. nach dem Interesse am Thema Bürgerbeteiligung gefragt. Dem überdurchschnittlichen Interesse der gut ausgebildeten, über hohe Einkommen verfügenden, also sozial besser gestellten Milieus (z. B. „Performer“: 37,1 Prozent) an anspruchsvollen Bürgerversammlungen stand ein unterdurchschnittliches Interesse der sozial schlechter gestellten Milieus gegenüber (z. B. „Traditionelle“: 9,0 Prozent). Gefragt wurde zudem nach der Zufriedenheit mit der Bürgerbeteiligung in der eigenen Stadt, nach dem Gefühl, in den Bürgerveranstaltungen willkommen zu sein, und nach der Einschätzung, ob

die eigenen Belange dort ernsthaft von Interesse seien. Deutlich tritt dabei die Unzufriedenheit der sozial schlechter gestellten Milieus mit der Bürgerbeteiligung hervor, einhergehend mit dem Gefühl vieler Menschen, sie seien in den Bürgerveranstaltungen nicht willkommen und ihre Belange seien nicht von Interesse.

Während z. B. 54 Prozent der konservativ-etablierten Oberschicht mit der Bürgerbeteiligung in ihrer Stadt zufrieden sind, sind dies nur 25 Prozent der Menschen, die unter prekären Bedingungen leben. Und während sich gerade einmal 12 Prozent der Liberal-Intellektuellen in Beteiligungsveranstaltungen nicht willkommen fühlen, gilt dies für 55 Prozent der jungen, sozial schwächer gestellten Konsum-Hedonisten. Und nicht zuletzt glauben über 60 Prozent der Konsum-Hedonisten und Menschen in prekären Lebensbedingungen, dass sich bei der Bürgerbeteiligung niemand für ihre Belange interessiert. Diese Ergebnisse lassen wenig Raum zur Interpretation: Vor allem jüngere, sozial schlechter gestellte Bürger*innen sowie Menschen mit Migrationshintergrund sind in der Bürgerbeteiligung unterdurchschnittlich vertreten und fühlen sich gegenüber den gesellschaftlich Etablierten benachteiligt.

Versteht man die gleichberechtigte Mitwirkung aller Teile der Gesellschaft als ein zentrales Kriterium demokratischer Legitimation, dann droht die klassische Bürgerbeteiligung mit ihren Mechanismen der Selbstrekrutierung und ihrem Trend zur Exklusivität zu einem Verlust an Legitimation beizutragen, zumal deren Ergebnisse von Akteur*innen geprägt werden, die i. d. R. weder durch Wahlen noch durch eine repräsentative Öffentlichkeit legitimiert sind. Es stellt sich also die Aufgabe, so das Zwischenfazit, die Bürgerbeteiligung mit ihren strukturellen Defiziten qualitativ hochwertiger und inklusiver zu gestalten, will man die demokratischen Gemeinwohl- und Legitimitätsgewinne, die man sich verspricht, auch weiterhin gewährleisten.

3 Die Stärke deliberativer Demokratie auf der Quartiersebene

Während sich angesichts dessen die utopische Energie klassischer Partizipationsansätze aus dem 20. Jahrhundert heute als relativ erschöpft erweist, scheint zugleich der weiterführende Ansatz der demokratischen Deliberation, also der fairen, gleichberechtigten Beratschlagung aller „auf Augenhöhe“ auch auf kommunaler Ebene an politischem Gewicht zu gewinnen. Nicht zuletzt dürfte diese Entwicklung auf die Erfolge vieler deliberativer Verfahren zurückzuführen sein, z. B. die bekannten „Citizens‘ Assemblies“ in Kanada, den Niederlanden oder in Irland.

Insbesondere drei Gründe lassen gerade die kleinteilige Quartiersebene für deliberative Verfahren als besonders geeignet erscheinen, um demokratische Entscheidungsprozesse zeitgemäß und attraktiv zu gestalten. Erstens ist dies die Nähe der auszuhandelnden Themen zu der Lebens- und Erfahrungswelt der persönlich

betroffenen oder mit den Themen konfrontierten Menschen auf kleinräumiger Quartiersebene, denn es geht häufig um konkrete, raumbezogene Fragen und alltägliche, oft auch niedrigschwellige Probleme oder Herausforderungen der Nutzung, Gestaltung oder Instandhaltung und Pflege. Zweitens sind die betroffenen Menschen mit großem Abstand die besten lokalen Expert*innen, wenn es um ihre unmittelbare Lebensumwelt geht. Sie besitzen in der Regel ein unschlagbares Detailwissen über ihr Quartier, kennen jede Ecke und alle kleinen und großen Probleme vor Ort. Zudem können sie mit dieser Expertise Handlungsprioritäten setzen oder fundiert beurteilen und sind nicht zuletzt in der Lage, kreative Lösungsideen zu entwickeln. Drittens ergeben sich gerade bei den Fragen der Raumnutzung und -gestaltung auf der Quartiersebene unvergleichbar viele Möglichkeiten für kreative Lösungen, Kompromisse oder konsensbasierte Entscheidungen. Damit zeigt sich ein erhebliches Potenzial für erfolgreiche und zufriedenstellende Aushandlungsprozesse jenseits der Notwendigkeit von „Entweder-oder-Entscheidungen“.

4 Die demokratische Deliberation

Die demokratische Deliberation, so benannt aufgrund ihrer Einbettung in die bewährten Strukturen der repräsentativen Demokratie, rekurriert maßgeblich auf den paradigmatischen Arbeiten von Habermas (1992) zur Theorie des kommunikativen Handelns. In den heutigen Zeiten sinkender Wahlbeteiligung, zunehmender Politikverdrossenheit und populistischer Tendenzen sowie bürgerschaftlicher Proteste verspricht demokratische Deliberation eine Steigerung der Qualität und Legitimität politischer Prozesse und Entscheidungen, die Vereinfachung der Implementierung sowie die Stärkung des bürgerschaftlichen Selbstverständnisses (Mansbridge 1999; Ritzi & Schaal 2011).

Ein Erfolg deliberativer Verfahren setzt zunächst voraus, dass die Beteiligten differierende Meinungen und substanzielle Auseinandersetzungen ermöglichende Einstellungen aufweisen, denn nur dann kann das Ergebnis eine hohe, Erkenntnis generierende Qualität beanspruchen (Fishkin 2011). Ziel des Verfahrens ist es, in möglichst idealen, machtfreien Sprechsituationen durch den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ (Habermas) und mithilfe eines im Konsens erarbeiteten Verständnisses von Gemeinwohl eine „vernünftige“ Lösung für eine politische Frage zu finden, die ggf. auch machtvollen Einzelinteressen zu überwinden vermag. Die hohe argumentative Qualität solcher Gespräche vermag die Bindung der Teilnehmenden an ihre Eigeninteressen nach und nach zu überwinden oder zumindest abzuschwächen, so die normative Erwartung. An die Stelle der Vertretung persönlicher Interessen tritt nach und nach, ggf. verbunden mit entsprechenden Meinungsänderungen, die Suche nach der besten Lösung. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es notwendig, dass alle Teilnehmenden über möglichst voll-

ständige Information verfügen, dieselben Rede- und Stimmrechte haben und sich untereinander, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozio-ökonomischen Status als gleichberechtigte Partner anerkennen und ernst nehmen (Ritzi & Schaal 2011).

Allerdings gilt es für einen erfolgreichen Politikprozess noch weitere Bedingungen zu erfüllen. Wichtig erscheint zunächst ein offenes Agenda Setting, eine Tagesordnung also, die möglichst nicht allein durch Politik und Verwaltung festgelegt wird und es allen gesellschaftlichen Akteur*innen erlaubt, eigene Themen einzubringen, die in dialogischen Filterprozessen zu einer einvernehmlichen Tagesordnung verdichtet werden. Zieht man das aufgezeigte Problem der Inklusion als weiteres Kriterium demokratischer Legitimation hinzu, rückt zudem die Breite der Beteiligung in den Mittelpunkt – und damit die Frage, inwieweit die Einbeziehung möglichst aller Kreise der Bürgerschaft gelingt. Gesellschaftliche Inklusion umfasst aber nicht nur die physische Einbeziehung einer großen Vielfalt von Akteur*innen, sondern auch deren gleichberechtigte Teilhabe an einer für alle Menschen freien, nachvollziehbaren Kommunikation. Unabhängig vom sozialen Status ist es unabdingbar, dass alle Teilnehmenden ihre Einstellungen, Meinungen und Interessen äußern können, wobei es vor allem gilt, den als Problem benannten Mittelschichtenbias einzugrenzen (Kuder & Ritzi 2013).

Gesellschaftliche Inklusion wird aber vor allem dann gelingen, wenn sich die Menschen als entscheidungskompetent einschätzen und den Eindruck gewinnen, dass sie Gehör finden. In der Politikwissenschaft werden diese Antriebskräfte für politisches Engagement als „internal efficacy“ und „external efficacy“ bezeichnet. Die „internal efficacy“ beschreibt die Selbsteinschätzung der Menschen im Hinblick auf ihre politische Kompetenz. „External efficacy“ erfasst die Möglichkeiten, sich in einem Beteiligungsprozess effektiv einzubringen. Sie gilt als wichtiger Faktor und Erfolgskriterium für die Bereitschaft zum politischen Engagement. Nur wenn die Bürger*innen den Eindruck gewinnen, ihr Engagement sei wertvoll und einflussreich, kann von bürgerschaftlicher Stärkung (Empowerment) gesprochen werden (Kuder & Ritzi 2013).

Allerdings haben die empirischen Erfahrungen mit zentralen Bürgerveranstaltungen gezeigt, dass demokratische Deliberation trotz aller Bemühungen mit dem Ziel einer Verbesserung der gesellschaftlichen Inklusion an ihre Grenzen stößt (Kuder 2016a). Nicht alle Sozialgruppen lassen sich für die klassische Bürgerbeteiligung „im Rathaus“ gewinnen. Das zeigen auch die eingangs benannten Bedenken von Menschen, die sich auf solchen Veranstaltungen nicht willkommen, nicht wohl und nicht ernst genommen fühlen (vhw/sinus 2015).

In den internationalen Theoriediskursen wurde dem ebenfalls Rechnung getragen und ein „systemic turn“ identifiziert. Deliberation solle demnach nicht mehr wie zuvor auf die Durchführung einzelner Beteiligungsveranstaltungen reduziert

werden, auch wenn das zentrale öffentliche Forum weiterhin als unverzichtbar gelte. Vielmehr finde Deliberation in vielfältigen Kontexten und an vielfältigen Orten statt und müsse als Summe dezentraler Beteiligungsbausteine verstanden werden (Parkinson, Mansbridge 2012). Von einem solchen „deliberativen System“ werden somit anspruchsvolle, miteinander verknüpfbare Bausteine der Bürgerbeteiligung erwartet. Der Vielfalt sind dabei kaum Grenzen gesetzt, solange die angewandten Methoden, Prozesse und Verfahren von repräsentativen Gremien beauftragt, den deliberativen Spielregeln entsprechend gestaltet und die Ergebnisse im Sinne einer Rechenschaftspflicht öffentlich begründet werden.

Beispielsweise kann über zufällige oder räumlich quotierte Straßen- oder Telefoninterviews in einem Quartier relevantes Beteiligungswissen ermittelt und durch Berichte und Präsentationen in den Beteiligungsprozess eingespeist werden. Für die Interviewdurchführung kann man ggf. auf „Kulturvermittler*innen“ zurückgreifen, die einen besonderen Zugang zu bestimmten Zielgruppen aufweisen. Mithilfe von Netzwerkanalysen lassen sich Intermediäre und die Stärken und Schwächen ihrer Netzwerke im Quartier analysieren und Ansätze für eine weiterführende Inklusionsstrategie gewinnen (Beck, Schnur 2016). Auch kann man mithilfe einer geschulten Moderation mit ausgewählten Fokusgruppen, z. B. Jugendlichen, streng gläubigen Menschen mit Migrationshintergrund, Wohnungslosen, jungen Eltern oder ausgewählten Intermediären, ausführliche Gruppengespräche führen und gemeinsam Fragen über den heutigen Zustand, über Probleme oder zukünftige Herausforderungen in einem Stadtquartier erörtern.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, eine repräsentative Bürgerjury einzuberufen, die ähnlich den Geschworenen bei Gerichtsverfahren nach bestem Wissen und Gewissen eine politische Entscheidung vorbereitet (Kuder 2016b). Die prozedurale Qualität dieser Verfahren bemisst sich dann z. B. an gleichen Redezeiten und Redezeiten für alle sowie an der Geltung des „One person one vote“-Prinzips. Besonders wichtig ist dabei auch die Arbeit einer Moderation, die stets zwischen unterschiedlich mächtigen und artikulationsstarken Akteur*innen vermitteln müssen und dabei die Aufgabe haben, die Qualität des Verfahrens sicherzustellen. Bei all dem gilt es allerdings auch zu beachten, dass die Verfahren „nicht mit unrealistischen, kurzfristigen Hoffnungen belastet werden [sollten] – sie benötigen Zeit, um sich zu beweisen und die in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen“ (Ritzi & Schaal 2011).

5 Fazit

Die Legitimität politischer Entscheidungen hängt heute stark davon ab, ob möglichst breite Kreise der Bevölkerung in angemessener und wertschätzender Form in qualitativ hochwertige und transparente politische Entscheidungsprozesse ein-

gebunden werden, deren Ergebnisse von allen als „fair“ und gerecht wahrgenommen, akzeptiert und mitgetragen werden. Dieser Anspruch kann vor allem dort zur Geltung gelangen, wo politische Entscheidungen nah an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen rühren, also vor allem auf der Quartiersebene.

Die Beteiligungsverfahren tragen bei regelmäßigem Einsatz zu relevanten politischen Entscheidungen dazu bei, dass sich gerade auf der überschaubaren, kleinteiligen Quartiersebene eine neue, dauerhafte Kultur der politischen Mitwirkung herausbilden kann. Denn nicht zuletzt ist es die Nachhaltigkeit der politischen Mitwirkung, die darüber entscheidet, ob das herausragende Ziel einer motivierten, aktiven Bürgergesellschaft erreicht werden kann und die aktuellen Krisenphänomene der modernen Demokratien überwunden werden können. Dass sich dieser Einsatz lohnt, haben vielfältige Erfahrungen gerade in den Quartieren vor Ort gezeigt. Sie liefern eindeutige Hinweise darauf, dass nicht nur die Zufriedenheit politisch aktiver und selbstbewusster Bürger*innen, sondern auch die Akzeptanz und die Legitimität kommunalpolitischer Entscheidungen sowie von deren Implementation mithilfe regelmäßiger Beteiligungsverfahren im überschaubaren räumlichen Quartiersrahmen deutlich zunehmen.

Literatur

- Beck, S. & Schnur, O. (2016): Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung. Berlin.
- Bertelsmann Stiftung (2014) (Hrsg.): Vielfältige Demokratie. Kernergebnisse der Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“. Gütersloh.
- Die Welt (2017a): Das „ehrliche“ Wahlergebnis. Abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article168983338/Das-ehrliche-Wahlergebnis-der-Bundestagswahl.html>. Letzter Zugriff: 24.09.2017.
- Die Welt (2017b): Das „ehrliche“ Wahlergebnis. Abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article164557063/Das-ehrliche-Wahlergebnis-von-Nordrhein-Westfalen.html>. Letzter Zugriff: 14.05.2017.
- Fishkin, J. (2011): When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation. Oxford.
- FR.de (2018): Die CDU ist enttäuscht. Abrufbar unter: <http://m.fr.de/frankfurt/ob-wahl-frankfurt/ob-wahl-in-frankfurt-die-cdu-ist-enttaeuscht-a-1465475>. Letzter Zugriff: 08.09.2018.
- Habermas, J. (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1. Frankfurt a.M.
- Hallenberg, B. (2014): „Prekäre Wahlen?“ – Ja, aber! In: vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (Hg.): Forum Wohnen und Stadtentwicklung. Heft 2. Berlin.
- Jörke, D. (2010): Die Versprechen der Demokratie und die Grenzen der Deliberation. Zeitschrift für Politikwissenschaft. Heft 3-4.

- Jörke, D. (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 1-2.
- Kuder, T. (2014): Dialog und Kommunikation für alle. In: vhw – Bundeverband für Wohnen und Stadtentwicklung (Hrsg.): Forum Wohnen und Stadtentwicklung. Heft 5.
- Kuder, T. & Ritzi, C. (2013): Die Wirkung der Mitwirkung: Dialog im Stresstest. Raum-Planung, Heft 170: 16-22.
- Kuder, T. (2016a): Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung. vhw - werkSTADT Nr. 8.
- Kuder, T. (2016b): Bürgerorientierte Quartiersentwicklung in der „Sozialen Stadt“. vhw – werkSTADT Nr.7.
- Kuder, T. (2017): Bürgerbeteiligung neu justiert! Fair, informiert und gleichberechtigt zum „besseren“ Ergebnis. vhw – werkSTADT Nr. 16.
- Mansbridge, J. (1999): On the Idea that Participation Makes Better Citizens. In: Elkin, S. L. & Edward Soltan, K. (Hrsg.): Citizen Competence and Democratic Institutions. University Park: Penn State University Press: 291-325.
- Merkel, W. (2015): Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis. Frankfurt am Main.
- Mouffe, C. & Laclau, E. (1985): Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics. London.
- Öztürk, A. (2011): Editorial. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 1-2.
- Parkinson, J. & Mansbridge, J. (Hrsg.) (2012): Deliberative Systems. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ritzi, C. & Schaal, G. S. (2011): Wie Bürgerbeteiligung besser gelingt. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung. 2: 94-98.
- vhw Bundesverband für Stadtentwicklung und Wohnen (2011): Dialog: Zur Stärkung der lokalen Demokratie. Band 3 der vhw-Schriftenreihe.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.